

(änd)

Aktionsbündnis Patientensicherheit „Patienten dürfen nicht in einer passiven Rolle bleiben“

Der „Welttag der Patientensicherheit 2023“ am 17. September steht unter dem Motto „Stimme der Patientinnen und Patienten stärken“. „Patienten müssen ermutigt werden, sich aktiv in Behandlung zu einzubringen“, forderte Dr. Ruth Hecker, Vorsitzende des Aktionsbündnis Patientensicherheit (APS) bei einer Pressekonferenz am Donnerstag.



[@Screenshot](#) Hecker, Deindl und Mielert übten deutliche Kritik an der Politik.

Die Einbeziehung der Patienten und deren Angehörigen sei das beste Mittel für Patientensicherheit, sagte Hecker. Sie könnten Ärzten wichtige Informationen liefern. „Patienten müssen ermutigt werden, sich aktiv an Behandlung zu beteiligen und jederzeit Fragen zu stellen und sich einzubringen“, so Hecker. Wichtig sei, dass Patienten vom Gesundheitspersonal auch ernst genommen würden.

Negative Beispiele, bei denen Ärzte nicht auf Patienten eingegangen sind, schildern Betroffene in Videos, die zum Welttag der Patientensicherheit veröffentlicht werden. „Liebe Ärzte, wenn der Patient sagt, es geht ihm nicht gut, dann schaut doch bitte noch einmal nach“, richtet sich darin zum Beispiel eine Patientin an die Ärzteschaft.

Viele unerwünschte Ereignisse wären vermeidbar, sagte Hecker. Die Rate liege bei über 80 Prozent im ambulanten Sektor. Bei der geplanten Ambulantisierung von Leistungen und der Krankenhausreform insgesamt müsse daher auch die Patientensicherheit eine wichtigere Rolle spielen. Kosten durch unsichere Patientenversorgung machten mehrere Milliarden Euro im Jahr aus, bis zu 14 Prozent, „und Geld ist doch im Gesundheitswesen nicht genug da“, so Hecker.

Dr. Christian Deindl, stellvertretender APS-Vorsitzender, kritisierte, dass Patientenvertreter im G-BA kein Stimmrecht haben. Das müsse sich ändern. Patienten könnten immer einen Beitrag leisten; sie dürften nicht in einer passiven Rolle gefangen bleiben. „Was sie sicher nicht brauchen, sind Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg und Bevormundungen.“ Jeder Patient habe das Recht, Fragen zu stellen. Es sei auch völlig gerechtfertigt, wenn Patienten zum Beispiel forderten, dass Mitarbeiter sich die Hände vor einer Blutabnahme desinfizierten und ähnliches.

„Wir brauchen Augenhöhe zwischen Patienten und Mitarbeitern im Gesundheitswesen“, forderte Generalsekretär Joachim Maurice Mielert. Er beklagte zudem, dass Patientensicherheit bislang ein Ehrenamt sei - während es gleichzeitig Dutzende Beauftragte etwa für Datenschutz gebe. Im BMG müsse es einen hauptamtlichen Beauftragten für Patientensicherheit geben, nicht nur für Patientenrechte.

Auch im Krankenhaustransparenzgesetz müsse die Patientensicherheit eine größere Rolle spielen. Mit den Strukturkriterien zu starten, sei ein erster Schritt, so Hecker. In einem zweiten Schritt müssen Prozessindikatoren reingenommen werden – und auch der ambulante Bereich müsse einbezogen werden.

Laut Deindl müsse sich auch die Wertschätzung sozialer Berufe bessern. Denn Personalknappheit berge ein großes Risiko für Fehler. Wenn ein Mitarbeiter überlastet und gestresst sei, werde er selbst zum Risiko.

TK-Monitor: Unterstützungsangebote müssen bekannter werden

Nicht einmal die Hälfte der Menschen in Deutschland (46 Prozent) kennt einfache Wege, sich bei Problemen in der Arztpraxis oder im Krankenhaus zu beschweren. Das ist ein Ergebnis des „TK-Monitors Patientensicherheit 2023“ der Techniker Krankenkasse (TK). Nur 39 Prozent finden, dass Kliniken und Praxen es Patientinnen und Patienten leicht machen, sich einzubringen, damit keine Fehler passieren. Für den Monitor hat das Forschungsinstitut Forsa bundesweit bevölkerungsrepräsentativ 1.000 Erwachsene befragt.

Laut TK-Monitor haben rund drei Viertel der Befragten (77 Prozent) ihrem Arzt bzw. ihrer Ärztin oder auch Pflegekräften schon einmal kritische Rückmeldungen

gegeben. Von ihnen fühlten sich mit ihrem Anliegen 59 Prozent eher oder voll und ganz ernst genommen, 41 Prozent der Befragten fühlten sich eher nicht oder überhaupt nicht ernst genommen.

„Informations- und Unterstützungsangebote zum Thema Patientensicherheit müssen bekannter und besser zugänglich gemacht werden“, sagt der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der TK, Thomas Ballast. „So kennen beispielsweise nur 22 Prozent der Befragten einfach online erreichbare Systeme, über die man anonym kritische Ereignisse bei der Behandlung melden kann.“ Der Bedarf, Rückmeldungen zu geben, sei jedoch groß. Als Beispiel nennt Ballast die von der TK unterstützte Berichtsplattform CIRS Long Covid, auf der innerhalb von wenigen Wochen über Tausend Betroffene ihre Erfahrungen mitgeteilt haben.

AOK: Patientenrechtegesetz muss nachgebessert werden

Die AOK hat sich am Donnerstag für eine Stärkung der Patientenrechte ausgesprochen. Das Patientenrechtegesetz von 2013 müsse endlich nachgebessert werden, forderte Jens Martin Hoyer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes.

„Die Ampel-Regierung hat inzwischen eine ganze Reihe von Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht – aber trotz Vereinbarung im Koalitionsvertrag immer noch kein Gesetz, bei dem die Patientenrechte im Mittelpunkt stehen“, beklagte er. Vor allem Patientinnen und Patienten, die einen Behandlungsfehler, einen Schaden durch ein fehlerhaftes Medizinprodukt oder einen Arzneimittel-Schaden vermuten und diesem Verdacht nachgehen wollen, hätten oftmals Probleme bei der Durchsetzung ihrer Rechte. „Eine unserer wichtigsten Forderungen betrifft daher Erleichterungen beim Nachweis der Kausalität zwischen einem Behandlungsfehler und dem entstandenen Schaden.“

14.09.2023, 10:51, Autor/-in: ks